

Kreis-Anzeiger

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

[Kontakt](#) [Anmelden](#) [E-Paper](#)

KREIS-ANZEIGER / LOKALES / WETTERAUKREIS / NIDDA

Nidda

02.02.2018

Kein Konsens

FRIEDHÖFE Ausschuss muss sich erneut mit der Niddaer Gebührenordnung beschäftigen / Neue Bestattungsformen

NIDDA - Die Gebührenordnung für Friedhöfe in Nidda und die Friedhofsordnung sind nach wie vor strittig. Mehrheitlich lehnten die Stadtverordneten während ihrer jüngsten Sitzung im Kernstadt-Bürgerhaus ab, die Magistratsvorlage zu beschließen. Der Haupt- und Finanzausschuss soll erneut über das Thema beraten.

Die Friedhofsgebühren sollen steigen, denn laut Haushaltssicherungskonzept ist eine jährliche Anpassung von zehn Prozent vorgesehen. Dies ist allerdings nicht die einzige Änderung in diesem Bereich. Denn in Sachen Bestattungsformen folgt Nidda dem Trend, alternative Möglichkeiten anzubieten. Damit sollen Bestattungen in anderen Kommunen vermieden und die Wirtschaftlichkeit verbessert werden. Geplant sind auf dem Kernstadtfriedhof ein muslimisches Grabfeld, ein Memoriam-Garten, eine Sternenkindergrabstätte sowie auf allen Friedhöfen der Großgemeinde Baumbestattungen.

Soziale Aspekte bei der Gebührensatzung werden laut der Beschlussvorlage berücksichtigt, indem die Preise je nach Wahl der Begräbnisform variieren. Beispielsweise kostet ein Einzelwahlgrab 1728 Euro, ein Urnenreihengrab nur 420 Euro zuzüglich einer Pflegepauschale von 264 Euro.

Sensibles Thema

Die SPD-Fraktion wollte der vorliegenden Satzung nicht zustimmen. „Wir sollten uns nochmal damit beschäftigen“, sagte die Fraktionsvorsitzende Christine Jäger. Die Stadtverordneten entschieden an dieser Stelle über hohe Subventionen, die an anderer Stelle wieder eingenommen werden müssten, was die Bürger treffe. „Friedhofsgebühren sind ein ganz sensibles Thema. Erhöhungen kann eigentlich keiner von uns wollen, dennoch sollten und müssen Gebühren kostendeckend erhoben werden.“ Das sei nicht der Fall, wie Jäger am Beispiel des Urnengrabs mit Stele vorrechnete. Es kostete vergangenes Jahr noch 780 Euro, faktisch fielen aber 1363,17 Euro pro Grab an. Auch wenn die Gebühr für diese Grabform auf 840 Euro angehoben werde, bleibe die öffentliche Hand und letztlich der Niddaer Bürger auf einem Defizit sitzen. Bei den neu einzuführenden Baumgräbern bestehe

ebenfalls eine deutliche Unterdeckung.

„Man muss an dieser Stelle auch überlegen, ob man wirklich auf allen Friedhöfen Stelen und Bäume anlegen muss, oder ob es nicht kostengünstiger ist, wenn man dies eventuell auf einigen Friedhöfen konzentriert“, gab Jäger zu bedenken. Wie sie weiter ausführte, würden die Ortsbeiräte in ihren Stadtteilen verständlicherweise alle Bestattungsformen fordern, würden aber die Kalkulation nicht kennen. „Vielleicht sähe es dann anders aus.“ Die Sozialdemokratin plädierte dafür, ein „gerechteres System der Friedhofsgebühren zu erarbeiten und mutig zu sein, dies in Angriff zu nehmen“.

Thomas Herz (Linke) war ebenfalls nicht einverstanden, aber aus anderen Gründen. „Ich werde dieser Erhebung auf keinen Fall zustimmen“, unterstrich er. Nach einem Todesfall würden Verwandte sofort mit Gebühren belastet. „Ich finde, wir sollten Angehörigen, die mit Schmerz und Trauer zu kämpfen haben, diese Belastungen ersparen.“ Er bat darum, jetzt und künftig auf die Erhöhung zu verzichten.

Überweisung

Wie Bernd Schoeps, Fraktionsvorsitzender der Bürger-Liste (BL), dagegenhielt, werden keine kostendeckenden Gebühren erhoben, was im Bestattungswesen auch kaum zu erreichen sei. „Die vorliegende Gebührenordnung steht im Einklang mit der Regelung im Haushaltssicherungskonzept, die das Parlament mehrheitlich verabschiedet hat.“ Der BL-Sprecher plädierte für die Annahme der Magistratsvorlage, denn damit könnten endlich die neuen Bestattungsformen angeboten werden. „Das ist der wesentliche Aspekt“, unterstrich Schoeps. Da auch die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf sah, wurde die Vorlage zur erneuten Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss zurücküberwiesen.

Anzeige

Was kostet Photovoltaik mit Stromspeicher?



Solarstrom lohnt sich wieder: staatliche Förderung & Eigenverbrauch machen die Solaranlage für Hausbesitzer wieder attraktiv! Vergleichen Sie noch heute 3 Solaranlagen-Angebote & sparen Sie bis zu 32%.

[Mehr erfahren](#)

